



## Rülke: Wer hat nun bei den Grünen das Sagen?

Kommt im Lande ein Allgemeines Gleichbehandlungsgesetz oder nicht?

---

In der heute von der FDP-Landtagsfraktion beantragten Debatte mit dem Titel „Antidiskriminierungsgesetz - Was wollen die Grünen nun?“ verweist der Vorsitzende der FDP/DVP-Fraktion, **Dr. Hans-Ulrich Rülke**, gleich zu Beginn darauf, dass auf Bundesebene mit dem Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetz (AGG) eine solche Regelung ja bereits geschaffen wurde, die auch hinreichend bürokratisch sei. „Da brauchen wir nicht noch eine in Baden-Württemberg“, so Rülke und bezeichnet dies als „Prestigeprojekt der linken Mehrheit bei den Grünen“.

Das Vorhaben hätte der damalige CDU-Vorsitzende Strobl in den grün-schwarzen Koalitionsverhandlungen im Jahr 2021 geschluckt, um seinen gepanzerten Dienstwagen als Minister zu behalten – obwohl Strobl selbst es als Kandidat nicht einmal als Abgeordneter in den Landtag geschafft hatte. Rülke erinnerte an die Worte des Landesvorsitzenden der Deutschen Polizeigewerkschaft, Ralf Kusterer, der angesichts dieser Koalitionsverhandlungen damals schrieb, dass er davon Eindrücke hätte wie von einem „abgestandenen Geruch im durchlebten Prostitutionswohnmobil, an dessen Durchsuchung man sich noch Jahrzehnte erinnert“. Rülke dazu: „Dieses Zitat mache ich mir nicht zu eigen, aber das Prinzip Strobl hat Kusterer ganz gut erfasst“. Der FDP-Fraktionsvorsitzende stellt fest, dass weder die Verbände, noch die Kommunen, die Wirtschaft oder die CDU-Fraktion ein solches Gesetz wollten. Es handele sich um ein verzichtbares Bürokratiemonster, das der Polizei, der Öffentlichen Verwaltung und der Wirtschaft des Landes schaden werde. So rate nicht zuletzt der Normenkontrollrat mit dessen Vorsitzenden und Grünen-Mitglied Dieter Salomon davon ab.

Also komme das Staatsministerium jetzt zur Vernunft, wenn es auf dieses Gesetz verzichten wolle, stellt Rülke fest. Florian Stegmann, Leiter des Ministeriums, schrieb das an den Vorsitzenden der Grünen-Fraktion, Andreas Schwarz. Dieser „vergaß“ das Schreiben auf einer Parkbank in Washington, wo es der Südwestrundfunk „fand“ und darüber berichtete. Daraufhin rasteten die Linken in der Grünen-Fraktion und Partei der Grünen aus. Sie forderten, dass es keine Zusammenarbeit mehr mit Staatsminister Stegmann geben dürfe: Stegmann muss weg!



Dazu Rülke: „Herr Ministerpräsident; Sie sagen doch immer, Ihre Regierung sei so anders, als die Ampel in Berlin. Das stimmt! In Berlin fallen die Grünen über SPD und FDP her. In Stuttgart hingegen fallen die Grünen über sich selber her!“ Es hätte daraufhin eine Krisensitzung in Moldawien gegeben, wo der Ministerpräsident gerade zum Staatsbesuch weilte. Da räumte Kretschmann die inhaltliche Position seines eigenen Ministeriums komplett mit der Anweisung: „Das Gesetz bleibt auf der Tagesordnung.“ Rülke dazu: „Herr Ministerpräsident, so weit entfernt von der Heimat ist noch kein deutscher Ministerpräsident umgefallen!“

Aber auch hier sieht Rülke Zweifel angebracht: So gab Dieter Salomon gleich in zwei Funktionen in dieser Sache Entwarnung: Als Vorsitzender der Normenkontrollrates und zusätzlich als Hauptgeschäftsführer der Industrie- und Handelskammer Südlicher Oberrhein gratulierte er am 7. Oktober im Offenburger Tagblatt dem Ministerpräsidenten zum Stopp dieses Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetzes. „Weiß Salomon als Grüner mehr als das Parlament?“, fragt Rülke und stellt fest: „Jedenfalls hat er Recht, vor allem angesichts der Tatsache, dass schon jetzt zwei Drittel der heimischen Unternehmen überlegen, wegen bürokratischer Belastungen ins Ausland zu gehen.“

Es müsse jetzt also geklärt werden, was eigentlich gelte, fordert Rülke: „Steht der MP? Oder hat er nie gestanden? Oder ist er umgefallen? Oder ist er doch nicht umgefallen? Oder ist er umgefallen, aber hat sich wieder hochgerappelt? Oder bleibt er dauerhaft liegen? Was gilt nun?“

Er erinnerte abschließend an die Aussage von Winfried Kretschmann, die dieser so gerne wie eine Monstranz vor sich hertrage, wonach das Land vor der Partei kommen müsse. „Oder gibt es einen Kniefall vor der linken Mehrheit in Partei und Fraktion der Grünen? Kommt dieser Gesetzeszombie, oder bleibt er in der Mottenkiste, wo er hingehört?“